

- 6. JUNI 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XVIII/106

Bonn, den 6. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Andere Länder, andere Sitten</u> Von Profumo bis Franz Josef Strauss	33
2	<u>Geißel der Menschheit</u> Zur Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen	42
3	<u>Bauern gegen Kommunismus ?</u> Die neueste "strategische Waffe" des Herrn Berg Von Fritz Zschiesche	44
4 - 5	<u>Hessen-Kolleg</u> Ein Teil des Zweiten Bildungsweges Von Hety Schmitt-Maass Pressereferentin im Hessischen Kultusministerium	98
6	<u>Ein Brief aus Nottingham</u> Engländer und der "Fall Oberländer" Von Stephan G. Thomas	48
7	<u>Jugoslawisch-griechische Verstimmung</u> Es geht wieder einmal um Mazedonien Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	46

Chefredakteur Günter Markscheffel

Andere Länder, andere Sitten

Von Profumo bis Franz Josef Strauss

sp - In England hat sich der bisherige Heeresminister Profumo aus dem politischen Leben zurückgezogen. Er trat nicht nur als Minister zurück, er legte auch sein konservatives Abgeordnetenmandat nieder. In einer lakonischen Mitteilung heißt es, Minister Profumo habe das Parlament angelogen, sei dabei ertappt worden und habe daher "die einzig mögliche Konsequenz gezogen". Wie verlautet, spielt bei der Geschichte ein Mannequin eine Rolle, das, um einer polizeilichen Vernehmung auszuweichen, plötzlich aus London verschwunden war. Befragt, ob er von der Angelegenheit etwas wisse, hatte Minister Profumo wahrheitswidrig mit NO geantwortet. Als die Geschichte bekannt wurde, verschwand Minister Profumo von der politischen Bühne. So geschehen im Jahre 1963 in England !

In der Bundesrepublik hat ein ehemaliger Verteidigungsminister das Parlament **m e h r f a c h** angeschwindelt. Er wurde auch dabei ertappt, aber er trat nicht zurück. Eine ganze Regierung, mit Ausnahme des Regierungschefs, mußte erst zurücktreten, ehe besagter Minister zurückgetreten werden konnte. Bei seinem mit höchsten militärischen Ehren (!) erfolgten Abschied sagte ihm der 87jährige Regierungschef "eine bedeutende politische Zukunft" voraus ...

Mitnichten hat der Minister a.D. sein Abgeordnetenmandat niedergelegt. Er bleibt "Vertreter des Volkes", wobei man sagen kann, er trägt diese Bezeichnung nicht einmal zu Unrecht. Er "vertritt" nämlich wirklich das Volk!

Aber damit nicht genug. Der Minister a.D. reist im Ausland herum, verkündet - von niemanden autorisiert (oder doch?) - "deutsche Außenpolitik", bläst sich auf (was ihm nicht schwerfällt) und vergleicht das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL mit der Gestapo. Außerdem, so heißt es weiter, bewirbt oder kämpft derselbe Mann um die Führung seiner Stamm-partei.

Ein anderer deutscher Minister, der selbst zugab, es sei unter seiner Amtsführung "etwas außerhalb der Legalität" geschehen, ist immer noch Minister !

Andere Länder, andere Sitten ...

+ + +

## Geißel der Menschheit

---

### Zur Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen

102 - Bei uns in der Bundesrepublik und in den meisten Industrieländern der Welt ist der Hunger verschwunden. Zwei Drittel der Menschheit werden aber noch von dieser fürchterlichen Geißel heimgesucht. Hunderte Millionen sterben eines frühzeitigen Todes. Selbst in jenen Ländern, wie in Indien, in denen verhältnismäßig viel zur Steigerung der eigenen Nahrungsmittelproduktion geschieht, ist es bisher nicht gelungen, diese Geißel zu bannen. Der Bevölkerungszuwachs übersteigt den Zuwachs an Produktivität. Die in den Industrieländern durch die Entwicklung widerlegte These des berühmten britischen Nationalökonom Malthus, aufgestellt zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, die Ernährung könne nicht mit der Vermehrung der Menschheit Schritt halten, scheint in weiten Teilen der Erde gerechtfertigt zu sein.

Und so ergibt sich das verwirrende und provozierende Bild: Die Industrieländer ersticken an eigenen Agrarüberschußprodukten, manche Regierungen belohnen die Erzeuger noch dafür, daß sie fruchtbare Anbauflächen brach liegenlassen. Zugleich müssen zwei Drittel der Weltbevölkerung ein unter oder knapp am Rande des Existenzminimums liegendes Dasein führen. Diese Kluft ist die eigentliche Trennungslinie in unserer Zeit, sie scheidet die Menschheit in wohlhabende und arme Völker. Darin liegt mehr Sprengstoff verborgen, als in den sich beführenden Ideologien zwischen Ost und West. Der hungernde Lateinamerikaner und Afrikaner weiß ohnehin damit nichts anzufangen, Kapitalismus und Kommunismus bleiben für ihn inhaltslose Begriffe, was ihn bedrückt, ist die leibliche Not.

Hier droht die Gefahr einer weltweiten Explosion. Sie kann ebenso zerstörend sein, wie die einer Wasserstoffbombe. In früheren Zeiten haben viele Völker den Hunger als ein unvermeidbares Schicksal fatalistisch hingenommen. Sie akzeptierten ihn als ein Gesetz der Weltordnung. Dieser Fatalismus gehört der Vergangenheit an, an seine Stelle trat das Verlangen, teilzuhaben an den lebenspendenden und lebenssichernden Gütern dieser Erde. Dieser Drang ist die Grundursache aller Revolutionen in diesem Jahrhundert, er setzte Milliarden in Bewegung und gab ihnen ein Ziel. Die Solidarität einer Welt, die sie vereinhelicht, steht heute von einer wahrhaft schicksalhaften Bewährungsprobe.

Die Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen beschäftigt sich in diesen Tagen mit diesen bedrückenden Fragen, sie sucht nach Mitteln und Wegen, die Brücke zwischen den Wohlhabenden und Habenichtsen zu schlagen. Ein großes, die Phantasie beanspruchendes Unternehmen. Ein Patentrezept für das Gelingen gibt es nicht, doch hat wohl Kennedy nur allzu recht, als er bei der Eröffnung sagte, der Kampf gegen den Hunger sei der wahre Befreiungskrieg der Menschheit. Gelingt es nicht, ihn zu gewinnen, und dies noch in unserer Generation, dann ergeben sich düstere Aussichten für die Zukunft aller.

6. Juni 1963

- 3 -

### Bauern gegen Kommunisten ?

Die neueste "strategische Waffe" des Herrn Berg

Von Fritz Zschiesche

Wir haben alle noch die Erklärung des Herrn Berg vom Bundesverband der Deutschen Industrie im Ohr, die er Anfang dieses Jahres in der großen amerikanischen Zeitschrift LIFE abgab. Er hatte damals die Stirn zu behaupten: "Ein vollkommen industrialisiertes Deutschland wäre den Russen ausgeliefert, denn die Industriearbeiter sind in ihrem Herzen immer Sozialisten oder Kommunisten gewesen."

Man kann sich angesichts solcher Fehleinschätzungen der deutschen Arbeiterschaft bezüglich ihrer Kommunistenanfälligkeit allenfalls fragen, ob diese auf Dummheit oder Börsartigkeit zurückzuführen sind. Beides wäre gleich gefährlich für die weitere politische Entwicklung und das Verhältnis der Arbeitnehmer zu den Arbeitgebern in der Bundesrepublik.

Es ist müßig, an dieser Stelle die ausschlaggebende Rolle der westdeutschen Arbeitnehmer für unsere politische Entwicklung seit 1945 und die Degradierung der Kommunisten zu einer politischen Sekte, die sie bereits vor dem Parteiverbot im politischen Leben der Bundesrepublik waren, erneut zu unterstreichen. Alle Welt weiß das und erkennt dies auch - von einigen Außenseitern wie Berg abgesehen - als das historische Verdienst der politischen und gewerkschaftlichen Führungskräfte der Arbeitnehmerschaft Westdeutschlands an.

Was soll aber nun werden, müßte man Herrn Berg fragen, wenn das eintritt, was das Deutsche Industrieinstitut in diesen Tagen der Öffentlichkeit mitteilte, nämlich, daß eine verstärkte kommunistische Infiltration in den Betrieben und Gewerkschaften der Bundesrepublik befürchtet werden müsse? Will Herr Berg gegen die künftige auftretenden illegalen KP-Agenten in den Betrieben, Gewerkschaften und Parteien, die dort auf Anweisung des kürzlich in der "DDR" stattgefundenen Parteitages der verbotenen KPD "getarnt die Ziele des Kommunismus vertreten" sollen, mit seinem einzigen Bollwerk gegen den Kommunismus - wie er sich ausdrückte - die Bauern mobilisieren?

Unsere Bauern haben heute gewiß andere Sorgen, als sich von Berg als politische Feuerwehr in die Betriebe schicken zu lassen, denn dort findet seit Jahr und Tag neben der geistigen vor allem die praktische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seinen Nachläufern und Agenten statt. Daß diese Auseinandersetzung auch weiterhin so erfolgreich für die demokratisch zuverlässigen Kräfte ausgeht, dafür werden - auch ohne Billigung oder gar Unterstützung des Herrn Berg und seiner Arbeitgeberkollegen - schon die in diesen politischen Kämpfen am Arbeitsplatz erprobten und erfahrenen Arbeitnehmer selbst sorgen.

+ + +

-4-

## Hessen-Kolleg

Ein Teil des zweiten Bildungsweges

Von Hety Schmitt-Maass

Pressereferentin im Hessischen Kultusministerium

Vor gut vier Jahren wurde vom Hessischen Kultusministerium - gemeinschaftlich mit dem Magistrat der Stadt Wiesbaden - das erste "Hessen-Kolleg" eingerichtet, nach den damals bereits existierenden Beispielen des Oberhausen-Kollegs und des Braunschweig-Kollegs. Das Hessen-Kolleg bietet im Rahmen des Zweiten Bildungsweges für junge Menschen, die trotz fehlendem Abitur zum Hochschulstudium streben, eine Möglichkeit der Vorbereitung auf die Hochschulreife. Die Ausbildung dauert zweieinhalb Jahre und endet mit dem Abitur, das den Zugang zu allen Fakultäten öffnet.

Bald nach Einrichtung des Wiesbadener Kollegs zeigte sich, daß weit mehr Interessierte sich meldeten, als dieses eine hessische Institut an Schülern aufnehmen konnte. Deshalb wurden in Frankfurt und Kassel inzwischen zwei weitere Kollegs errichtet, und die Eröffnung des vierten Hessen-Kollegs in Wetzlar steht für den Herbst bevor. (Holdungen nimmt das Büro des Hessen-Kollegs beim Stadtschulamt Wetzlar seit kurzem bereits entgegen. Anmeldeschluß: 30. Juni 1963 für den ersten Jahrgang).

Die Frage, ob es denn in der Arbeitswelt eine größere Zahl von Menschen gibt, die den hohen Ansprüchen des Zweiten Bildungsweges - und anschließend den Hochschulen - genügen, kann längst mit einem überzeugten Ja beantwortet werden. Der zweite Bildungsweg setzt gerade an einem Punkt an, der lange Zeit kaum erreichbar schien: Junge Menschen mit Berufserfahrung in verschiedenen Gebieten, wie auch bewährte Fachschüler, die geistige Interessen und Wissenstrieb miteinander zu verbinden suchen, dürften mit andersartigen Voraussetzungen und einer tieferen inneren Einstellung zur Hochschulbildung streben, als manche jener Studenten, die sich im Galopp bis zum Examen durchhauken.

### Gesamteindruck entscheidet

Eine Eignungsprüfung für alle, die sich diesen Bildungsweg über das Hessen-Kolleg vorgenommen haben, geht für alle Bewerber voraus, bevor ein Auslese-Ausschuß über die Zulassung entscheiden kann. Aber hier wird der Gesamteindruck den Ausschlag geben, den jeder Bewerber über seine geistige Aufgeschlossenheit und Leistungsfähigkeit - nicht aber über angehäuftes Schulwissen - als Persönlichkeit vermittelt.

Zu dieser Eignungsprüfung wird zugelassen, wer

1. eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine der Lehrzeit gleichwertige berufspraktische Tätigkeit nachweist,
2. mindestens 19 oder höchstens 28 Jahre alt ist,
3. a) die Fachschulreife besitzt oder  
b) mindestens 10 Jahre lang Vollzeitschulen besucht hat oder  
c) nach Abschluß der Volksschule sich fortgebildet hat und einen der Fachschulreife vergleichbaren Wissensstand aufweist.

### Was erwartet den Studierenden nach bestandener Prüfung?

Das Studium in Wetzlar beginnt mit einem Vorsemeester; es soll den unterschiedlichen Wissens- und Bildungsstand der Kollegteilnehmer ausgleichen. Nach dem Vorsemeester wird über die endgültige Zulassung der Teilnehmer entschieden, und vier Hauptsemester folgen: Sie sind gegliedert in einen sprachlichen, einen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen, einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig; denn jeder Teilnehmer hat andere Interessen und Begabungen, und alle Studierenden sollten ihren entsprechenden Schwerpunkt finden.

Dies ist jedoch nur ein Rahmen, ein "Gerippe". Entscheidend für das Hesser-Kolleg wie für den Zweiten Bildungsweg überhaupt, ist der Mut zum pädagogisch Neuen. Der langjährige Präsident des Wissenschaftsrates, Professor Coing, hat einmal gefordert, daß von den Lernenden des Zweiten Bildungsweges keine geringere Leistung verlangt werden dürfe, als von den Absolventen höherer Schulen; aber man könne sie nicht wie die Abiturienten der Gymnasien prüfen, sondern man müsse andere Methoden finden, um bei ihnen die Hochschulreife festzustellen - dabei dürfe die Summierung von Wissen nicht den Ausschlag geben. Der Hessische Kultusminister Prof. Dr. Ernst Schütte unterstreicht diese Forderung, indem er feststellt, diese neue Perspektive könne auf dem Zweiten Bildungsweg wesentlich von der Lebenserfahrung und Reife der Schüler her gewonnen werden. Zudem sollten die Prüfungsmethoden gerade hier mehr auf Verständnis als auf Gedächtnisleistung abgestellt werden. Vielleicht wird das Abitur der Hessen-Kollegs, wenn es qualitativ und quantitativ genügend Erfolge hervorgebracht hat, einmal beispielhaft sein für das Abitur der Gymnasien. Ebenso dürfte die Methode des exemplarischen Lernens, die in den Hessen-Kollegs praktiziert wird, wenn mit der Berufs- und Lebenserfahrung des Schülers als Voraussetzung des Lernprozesses ernst gemacht wird - erfolgversprechende Experimente zeitigen.

Ein hübscher, für den Kollegbetrieb geeigneter Bau erwartet die neuen Kollegiaten in Wetzlar. Im angeschlossenen Internat können sie wohnen und gepflegt werden gegen einen Unkostenbeitrag, der für bedürftige Studierende aus Hessen durch Erziehungsbeihilfen im Umfange des sogenannten Hannerfer Modells vermindert werden kann. Wer seinen ständigen Wohnsitz nicht in Hessen hat, ist jedoch keineswegs von einer Bewerbung im Hesser-Kolleg ausgeschlossen; in solchen Fällen kann sogar in dem betreffenden Bundesland eine Ausbildungsbeihilfe beantragt werden, in welchem der Bewerber beheimatet ist.

### Ist dieses Studium neben einem Beruf möglich?

Manches junge Mädchen und mancher junge Mann, die zur Hochschule streben, möchten eine Berufs- oder Nebentätigkeit während des notwendigen zweieinhalbjährigen Kollegbesuches ausüben. Das ist jedoch nicht möglich; denn die Arbeit im Kolleg beansprucht den ganzen Menschen, und darüber muß sich jeder von vornherein klar sein, der auf solchem Wege die Hochschulreife erlangen will.

Die Hessen-Kollegs in Wiesbaden, Frankfurt und Kassel haben überzeugende Erfolge erringen können. Bis Ostern 1963 wurde 110 jungen Menschen die Hochschulreife erteilt. Und diese Abiturienten haben ausnahmslos ihr Studium an Universitäten oder Hochschulen erfolgreich begonnen.

Hinweis: Mit der Anmeldung sind einzureichen: Ein formloses Bewerbungsschreiben, ein ausführlicher Lebenslauf (handgeschrieben) mit zwei Paßbildern, beglaubigte Abschriften oder Fotokopien der Abgangszeugnisse aller bisher besuchten Schulen, Facharbeiter-, Gesellenbriefe oder entsprechend anerkannter Berufsschulabschlußzeugnisse, ein polizeiliches Führungszeugnis.

Ein Brief aus Nottingham

Engländer und "der Fall Oberländer"

Von Stephan G. Thomas

Ein an den Verfasser gerichteter Brief aus Nottingham - der Industrie- und Universitätsstadt in Mittelengland - gibt Anlaß zu nachträglichen und nachdenklichen Betrachtungen über eine kürzlich veranstaltete Vortragsreise durch England. Die Diskussionen und Gespräche auf dieser Reise kreisten um Themen, die vom deutschen Redner in seinen Vorträgen in London, Oxford, Leicester und Nottingham angesprochen wurden: Die europäische Entwicklung seit 1945, die deutsche Teilung, die sowjetische Machtstrategie in Deutschland und Europa und das Berlinproblem. Für den Deutschen war es immer wieder interessant zu beobachten, wie seine Darlegungen auf der englischen Seite zu manchen nachdenklichen Fragen führten und schließlich zu der Erkenntnis, daß man in England die deutschen und europäischen Probleme nicht immer mit jenem Realismus zu sehen scheint, der sich aus der Kenntnis der Tatsachen und Zusammenhänge eigentlich ergeben müßte. Nun ist es immer einer der Vorzüge des politischen common sense in England gewesen, Tatsachen, wenn damit konfrontiert, zu erkennen und realistische Folgerungen daraus zu ziehen. So war man dann auf englischer Seite faierweise immer bereit, den sachlichen Argumenten zu folgen, die sich aus dem Tatsachenbericht über die Situation in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone ergaben. Man war auch bereit, die Konsequenzen zu erkennen, die sich für das deutsche Volk für die Wiedervereinigung Deutschlands ergeben. Es war auch nicht schwierig, daraus das in der anglo-sächsischen Welt anerkannte Recht auf Selbstbestimmung für das deutsche Volk abzuleiten.

Es passierte dann bei diesen Vorträgen - es waren insgesamt elf in zwölf Tagen - daß an dem Punkt, an dem es um die Darlegung der demokratischen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik im Unterschied zu den totalitären Lebensbedingungen unter dem kommunistischen Ulbricht-Regime ging, aus dem Zuhörerkreis Fragen gestellt wurden, wie es denn mit den ehemaligen Nazis in der Bundesrepublik sei, welche Machtpositionen von ihnen bekleidet würden und ob sie nicht eine Gefährdung der Demokratie bedeuten. Solche Fragen - oft von der recht betriebsamen "DDR"-Propaganda suggeriert - konnten zufriedenstellend beantwortet werden. Als dann in einem Studentenforum der Universität von Nottingham ein Student wissen wollte, welche Position Oberländer jetzt in der Bundesrepublik einnehme, konnte darauf hingewiesen werden, daß Oberländer weder Minister noch Mitglied des Parlamentes sei.

Der Engländerreisende muß bekennen, daß er keinen gelinden Schrecken bekam, als er nach seiner Rückkehr feststellen mußte, daß Herr Oberländer inzwischen durch Listennachschieb in das Bonner Parlament wieder eingezogen ist. Seitdem ist ihm unbehaglich zumute, wenn er an sein Studentenforum in Nottingham zurückdenkt. Sein Unbehagen ist gewachsen, als er kürzlich in einem Brief von Nottingham gefragt wurde, wie es denn mit dem Herrn Oberländer sei. Man hätte gelsen, daß er doch wieder im Bundestag sitzen würde. Das ist das Dilemma, von dem uns eigentlich nur Herr Oberländer oder die Partei befreien kann, für die er in den Bundestag einzog... Oder soll man bis zu den Wahlen 1965 warten und hoffen, daß dann Herr Oberländer endgültig von der politischen Bühne der Bundesrepublik verschwindet?

Jugoslawisch-griechische Verstimmung

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher.

Ein etwas verspätetes Unbehagen hat der Griechenlandsbesuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in Belgrad erregt. Genauer gesagt, war es keineswegs die Tatsache des Besuchs selbst, sondern gewisse Begleitumstände, mit denen die griechischen Gastgeber die Visite garnierten. Nachdem es eine Zeitlang still gewesen war um das leidige Mazedonienproblem, benutzte die Garde höchster griechischer Politiker den Aufenthalt de Gaulles gerade in Saloniki zum Anlaß, um auf die "Gefahren" hinzuweisen, die diesem "für die gesamte freiheitliche Welt so bedeutendem Gebiet" angeblich von den nördlichen Nachbarn drohen. Ein paar Mal war Jugoslawien direkt genannt; ungenierter, wenngleich ohne namentliche Nennung stellten die griechischen Politiker, und in noch weit stärkerem Maße die Presse, die Situation so dar, als sei die Annexion des nordgriechischen Mazedoniens ein permanentes Ziel der jugoslawischen Balkanpolitik.

Solche in Trinksprüchen und Pressekommentaren variierten Befürchtungen haben in Belgrad eine nicht ganz unberechtigte Entrüstung ausgelöst. Denn trotz der beiderseitig genau abgesteckten, wenngleich sich nicht deckenden Standpunkte in der Mazedonienfrage - einerseits die Nichtanerkennung einer slawisch-griechischen Minderheit durch Athen, andererseits das Nichtabrücken von dem Standpunkt, daß eine solche Minderheit bestehe, wenngleich daraus keinerlei territoriale Forderungen abgeleitet werden - hat dieses Problem jahrlang eine gute Zusammenarbeit zwischen Griechenland und Jugoslawien nicht im Wege gestanden. Ja, es gab Zeiten, da beide Seiten das gegenseitige Verhältnis geradezu als vorbildlich darstellten.

Aber seit nun schon fast zwei Jahren belastet das Mazedonienproblem in periodisch wiederkehrenden Zeitabständen die jugoslawisch-griechischen Beziehungen.

Daß eben dieselben griechischen Politiker, die sich früher zum Maßhalten bereit erklärt hatten, nun ohne einen sichtbaren Anlaß seitens Jugoslawiens Belgrad erneut territorialer Ansprüche verdächtigen, mag aus taktischen Gründen verständlich sein. De Gaulle würde, so mußte man sich wohl in Athen errechnet haben, für einen angeblich so bedrohten Teil des Abendlandes noch tiefer in den Geldbeutel greifen, als er, aus anderen weniger selbstlosen Erwägungen, es ohnehin wohl schon vorhatte.

Der zweite Anlaß ist, wie schon früher einmal, mehr in der gespannten innenpolitischen Situation Griechenlands zu suchen, glaubt man in Belgrad. In dem Maße wie die Opposition der Karamanlisregierung das Leben schwer macht, wird unter Appell an die Einheit der Nation das Gespenst aus dem Norden an die Wand gemalt. Mag man dies auch in Belgrad bis zu einem gewissen Ausmaße verstehen, so mindert dies trotzdem nichts an der Tatsache, daß das Resultat solcher künstlich erhitzten Mazedonienkampagnen nur eine weitere Abkühlung der Beziehungen zwischen Belgrad und Athen sein kann.